



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

X. Legislaturperiode

5. Sitzung vom 9. Februar 2009

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 - 21.30 Uhr

Leitung: A. Braun

Anwesend: 33 Mitglieder

Abwesend: A. Alt, R. Bänziger, C. Fünfschilling, M. Hopf, B. Jost, U. Kunz, T. Rehmann

Protokollgenehmigung: Das Protokoll der 4. Sitzung vom 15.12.2008 ist genehmigt.

Präsident:

Protokoll:

Albert Braun

Brigitte Christen

Mitteilungen des Präsidenten

A. Braun: Jedes der Ratsmitglieder will gewiss nur das Beste für das Gemeinwohl. Was dies ist, darüber gibt es jedoch etwa vierzig Auffassungen. Aufgrund der Zeitungsartikel, vorab in Gratisanzeigen, konnte in den letzten Wochen der Eindruck entstehen, es laufe einiges schief in Binningen. Dies trifft aber nicht zu. Eine gute Diskussions- und Streitkultur kann erreicht werden, indem Probleme oder angebliche Missstände von den Ratsmitgliedern zuerst den dafür vorgesehenen Personen bzw. Gremien unterbreitet und nicht primär in den Medien breit geschlagen werden. Ein Minimum an Vertrauen ist für eine produktive Zusammenarbeit unabdingbar. Dies ist sein Wunsch für das Jahr 2009. Die Gesetzestreue sollte für alle(s) gelten, d. h. konkret z. B. auch bei Submissionen und nicht nur für das Wahlbüro.

Am Samstag, 31. Januar, besuchte und besichtigte im Hinblick auf das Projekt Schlossacker rund die Hälfte der Ratsmitglieder das Alters- und Pflegeheim Langmatten und das APH Blumenrain in Therwil. Der Anlass vermittelte einen guten Einblick in die Thematik inklusive die Finanzen. Er bildet eine gute Grundlage für die Entscheide, insbesondere der Bau- und Planungskommission, welche sich mit dem Geschäft auseinander setzen wird.

Bei der gestrigen Abstimmung zur Personenfreizügigkeit wurden die gesetzlichen Vorgaben strikt eingehalten. Weil es nur um eine Vorlage ging, reichte die Zeit für die Auszählung problemlos aus.

Mitteilungen aus dem ER-Büro

An der Sitzung am 5. Februar wurde beschlossen, dass voraussichtlich an der März-Sitzung eine Information zur Ortsplanrevision stattfinden soll. Der Beginn wäre um 19.00 Uhr und soll etwa 45 Minuten dauern.

Überdies wurde beschlossen, dass bei Abstimmungen im Plenum die Stimmen nur noch bei unklaren Verhältnissen ausgezählt werden, andernfalls wird das Resultat als "grossmehrheitlich" protokolliert. Eine Auszählung wird künftig nur noch auf ausdrücklichen Wunsch aus dem Rat durchgeführt.

Für den abwesenden U. Kunz wird V. Dubi als Stimmenzählerin wirken.

Neu eingereichte persönliche Vorstösse:

- Anfrage U.-P. Moos vom 6.2.2009 betr. Wahlbüro (Antwort vgl. Traktandum 7), Gesch. Nr. 33
- Motion SVP vom 5.2.2009: Bessere Lesbarkeit von Voranschlag und Finanzplan, Gesch. Nr. 34
- Postulat CVP vom 9.2.2009: Erhalt der Tramverbindung Kronenplatz - Bahnhof SBB, Gesch. Nr. 35

Die Vorstösse gehen zur Stellungnahme an den Gemeinderat.

Traktandenliste		Gesch. Nr.
1.	Antrag des Gemeinderats vom 13.1.2009: Ersatzwahl eines Mitglieds in die Vormundschaftsbehörde für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012	29
2.	Antrag des Gemeinderats vom 6.1.2009: Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012	28
3.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.1.2009: Sportanlage Spiegelfeld - Planungskredit von CHF 30'000.— für Sanierung / Umbau des Tribünengebäudes - Ausführungskredit von CHF 100'000.— für die Sanierung der Sportplatzbeleuchtung (1. Etappe) - Ausführungskredit von CHF 180'000.— für bauliche Verbesserungen für Schule und Leichtathletik - Planungskredit von CHF 10'000.— für die Grauwassernutzung	31
4.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 28.11.2006 und Bericht / Antrag der Bau- und Planungskommission vom 15.1.2009: Weihnachtsbeleuchtung an der Hauptstrasse	134 A
5.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.2009: Legislaturprogramm 2008 - 2012 des Gemeinderats	32
6.	Interpellation SP vom 18.8.2008: Wie überlebt das Sutter-Haus? Antwort des Gemeinderats	13
7.	Antwort auf Anfrage U.-P. Moos (Gesch. Nr. 33) / Diverses	

Traktandum 1**Gesch. Nr. 29**

Antrag des Gemeinderats vom 13.1.2009:

Ersatzwahl eines Mitglieds in die Vormundschaftsbehörde für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012

Eintreten:

FDP: P. Heiz stellt die nominierte Nachfolgerin von Anna Emmerth vor: Bettina Rumpf Maier ist 45 Jahre alt, verheiratet und hat einen Sohn. Beruflich war sie während mehrerer Jahre Physiotherapeutin, später bildete sie sich zum Master of Business Administration aus und war als Produktmanagerin tätig. Derzeit befindet sie sich in einer Weiterbildung für Nonprofit-Organisationen. Daneben engagiert sie sich bereits in verschiedenen sozialen Institutionen. Nicht nur beruflich sondern auch bezüglich Sozialkompetenz bringt die Kandidatin vieles mit und ist bereit, im Team zu arbeiten.

Präsident A. Braun: Obwohl keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen, ist eine stille Wahl laut Reglement nicht möglich.

Abstimmung: Mit 29 Stimmen (31 Anwesende) bei einem absoluten Mehr von 16

://: Als Mitglied wird für die restliche Amtsperiode Bettina Rumpf Maier, FDP, in die Vormundschaftsbehörde gewählt.

Traktandum 2**Gesch. Nr. 28**

Antrag des Gemeinderats vom 6.1.2009:

Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012

Eintreten:

Präsident A. Braun weist darauf hin, dass falls ein bisheriges Ersatzmitglied in die GRPK gewählt wird, zusätzlich die Wahl eines stellvertretenden Mitglieds nötig wird.

FDP: S. Kaiser: Als ehemaliges Mitglied und bisheriges Ersatzmitglied schlägt seine Fraktion Jürg Humbel vor. Er ist in der GRPK bekannt, weil er schon öfters als Stellvertreter an Sitzungen teilnahm.

Präsident A. Braun: Nachdem keine weiteren Nominationen vorliegen, erklärt er den Nominierten in stiller Wahl als gewählt.

://: 2.1 Als Mitglied wird für die restliche Amtsperiode Jürg Humbel, FDP, in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission in stiller Wahl gewählt.

FDP: S. Kaiser gibt bekannt, dass sich Roger Moll als stellvertretendes Mitglied zur Verfügung stellt.

://: 2.2. Als stellvertretendes Mitglied wird für die restliche Amtsperiode Roger Moll, FDP, in die GRPK in stiller Wahl gewählt.

Traktandum 3**Gesch. Nr. 31**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.1.2009:

Sportanlage Spiegelfeld

- **Planungskredit von CHF 30'000.— für Sanierung / Umbau des Tribünengebäudes**
- **Ausführungskredit von CHF 100'000.— für die Sanierung der Sportplatzbeleuchtung (1. Etappe)**
- **Ausführungskredit von CHF 180'000.— für bauliche Verbesserungen für Schule und Leichtathletik**
- **Planungskredit von CHF 10'000.— für die Grauwassernutzung**

Eintreten:

FDP: W. Müller: Der Einbau von Kunstrasen brachte eine spürbare Entlastung. Der Gemeinderat erachtet daher die Realisierung der Volksinitiative als nicht mehr opportun. Entsprechende Rückmeldungen gibt es auch seitens der Initianten. Seine Fraktion wird dem Planungskredit für die Erweiterung des Tribünengebäudes zustimmen, allerdings sollen Varianten für einen Ausbau, Abbruch bzw. Neubau in Auftrag gegeben werden. Auch der Kredit für neue Beleuchtungskörper wird genehmigt; denn damit kann eine Verbesserung für Spielende als auch Anwohner/innen erreicht werden. Wie er sich selber vor Ort überzeugte, bedarf die Weitsprunganlage einer Sanierung. Der entsprechende Kredit ist unbestritten. Zu überlegen ist lediglich, ob die Geräte nicht im Tribünenanbau untergebracht werden können. Und schliesslich stimmt seine Fraktion auch der Abklärung zur Nutzung des Grauwassers zu. Bedingung: Es wird eine genaue Wirtschaftlichkeitsrechnung über die Einsparungen verlangt. Wenn die Pläne und Dokumente vorliegen, kann sich die BPK mit den Detailfragen befassen.

SVP: B. Bürgin: Zweifellos ist das Tribünengebäude aus den 70er-Jahren sanierungsbedürftig. Zur Abklärung der doch erheblichen Kostenfolge soll das Geschäft an die BPK überwiesen werden. Durch den Aufstieg des Fussballclubs drängt sich eine bessere Platzbeleuchtung auf. Sie darf jedoch nicht zu einer Beeinträchtigung der Wohnqualität der Anwohner/innen führen. Die Verbesserungen der weiteren Anlagen hält ihre Fraktion für gerechtfertigt. Und schliesslich werden die Abklärungen für eine Grauwassernutzung befürwortet.

SP: F. Dietiker hält es für verdankenswert, dass der Gemeinderat die verschiedenen Kredite für den Sportplatz gesamthaft vorlegt. Positiv ist auch, dass bereits das Gespräch mit den Initianten gesucht wurde und sich eine Einigung abzeichnet. Dadurch würden die letzten Landreserven erhalten. Zu den Kreditanträgen: Die beiden Planungskredite für vertiefte Analysen sind für die spätere Umsetzung des Projekts elementar. Die beiden Ausführungskredite sind genügend fundiert begründet und werden von seiner Fraktion befürwortet. Begrüsst wird nicht zuletzt, dass nebst dem Fussball auch andere Sportarten von den Verbesserungen profitieren werden. Unklar ist, weshalb der geplante Spielplatz aus den laufenden Ausgaben finanziert werden soll; das Geld wird letztlich für andere Projekte fehlen. Als Anregungen für die weitere Planung: Es ist abzuklären, ob kompensatorisch für den grösseren Stromverbrauch eine Solaranlage auf dem Tribünendach installiert werden kann sowie, ob das Grauwasser nicht im Tribünengebäude verwendet werden könnte. Vom Gemeinderat möchte er erfahren, ob das Vorhaben auch mit der Schule Spiegelfeld als wichtige Benutzerin abgesprochen wurde. Aufgrund des vorliegenden Konzepts sollen die Parkplätze an der Wassergrabenstrasse erst im 2013 bereitgestellt werden. Dies wäre s. E. früher umsetzbar.

CVP: A. Achermann: Den Anträgen des Gemeinderats wird seine Fraktion zustimmen. Sie kann sich vorstellen, das Geschäft durch die BPK vorprüfen zu lassen, um Fragen im Zusammenhang mit den vorgesehenen Planungen zu klären. Gegen die Anpassungen und Verbesserungen ist nichts einzuwenden. Sie sind zum Teil unumgänglich.

Grüne/EVP: B. Gürlér vertritt die Auffassung, dass für den Fussball immer wieder grosse Kredite gesprochen werden. Dennoch befürwortet ihre Fraktion die Vorlage. Wichtig ist eine klare Kostentransparenz, um späteren Problemen vorzubeugen. Beim Spielplatz wäre eine grosszügige Variante wünschenswert. Es ist sicherzustellen, dass die Initiative zurückgezogen wird.

SVP: C. Schaub begründet den Antrag zur Überweisung an die BPK wie folgt: Unklar ist, was der Planungskredit für das Tribünengebäude beinhaltet. Dabei geht es immerhin um einen Anbau von

2.2 Mio. Franken bzw. von 3.5 Mio. für einen Neubau. Vor der Planungsphase sollte eine Auslegung vorgenommen werden.

FDP: M. Bolleter: Was die Planungskredite anbelangt, liegt derzeit noch kaum etwas Konkretes vor. Aus diesem Grund kann die BPK noch keine sinnvolle Prüfung vornehmen, zumal die Planung von Projekten nicht Aufgabe der Kommission ist. Erst wenn diese vorliegt, soll und kann die BPK die einzelnen Varianten und Details prüfen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *B. Gehrig* erläutert, dass es erklärtes Ziel ist, den Sport möglichst umfassend auf dem Spiegelfeld zu konzentrieren. Erwogen wurde auch, ob durch ein externes Büro ein Sport- und Spielplatzkonzept ausgearbeitet werden sollte. Darauf wird jedoch verzichtet, weil die Bedürfnisse mit dem vorliegenden Geschäft 31 abgedeckt sein werden. Das Tribünengebäude steht übrigens unter keinerlei Schutz, dies trifft lediglich für das Spiegelfeld Nord zu. Der Wasserbedarf für Sport- und Schwimmhalle beläuft sich auf jährlich ca. 15'000 m³. Davon benötigen Sporthalle und Sauna rund 80 %. Deshalb lohnt es sich abzuklären, ob das Grauwasser genutzt werden kann. Die Einstellhalle unter dem Sportplatz ist noch vermietet und wird zudem vom Zivilschutz benützt. Eine Etappierung der Teilprojekte ist vorgesehen, weil bekanntlich noch andere grosse Projekte anstehen. Derzeit sind die Geräte an drei verschiedenen Orten untergebracht, was nicht ideal ist. Die Anzahl der Sitzplätze auf der Tribüne werden nicht erhöht. Vielmehr soll abgeklärt werden, ob ein Teil anderen Zwecken zugeführt werden kann.

://: Der SVP-Antrag betr. Überweisung an die BPK wird mit 21 Nein : 12 Ja abgelehnt.

Detailberatung: entfällt

Grossmehrheitlich bzw. einstimmig wird beschlossen:

- ://:**
- 1. Für die Planung der Sanierung und Erweiterung des Tribünengebäudes wird ein Planungskredit von CHF 30'000 bewilligt.**
 - 2. Für die erste Etappe der Beleuchtungsoptimierung beim Kunstrasenfeld wird ein Ausführungskredit von CHF 100'000 bewilligt.**
 - 3. Für die Ausführung von verschiedenen Verbesserungen für andere Sportarten und die Schule (Laufbahn, Weitsprung, Geräteunterstand etc.) wird ein Ausführungskredit von CHF 180'000 bewilligt.**
 - 4. Für die technischen Abklärungen betreffend einer Grauwassernutzung für die Sportanlage Spiegelfeld wird ein Planungskredit von CHF 10'000 bewilligt.**

Traktandum 4

Gesch. Nr. 134 A

Zweiter Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.4.2008 und Bericht / Antrag der BPK vom 15.1.2009:

Bewilligung einer Investitionsausgabe für eine Weihnachtsbeleuchtung

BPK-Präsident W. Müller: Die Kommission hat in zwei Sitzungen das Geschäft behandelt, welches auf eine Initiative aus dem Jahr 2005 zurückgeht. Hauptgrund für die Überweisung waren die zu hohen wiederkehrenden Kosten. Im Dezember 2007 sammelte die IG Weihnachtsbeleuchtung 40'000 Franken für Sterne. Dank guter Zusammenarbeit aller Involvierten konnten die Investitionskosten erheblich gesenkt werden, d. h. um 9'000 auf 50'000 Franken; die jährlich wiederkehrenden Ausgaben wurden praktisch halbiert, nämlich auf 17'800 Franken. Dies war aufgrund folgender Faktoren möglich: niedrigerer Tarif für den Mobilkran zur Montage; das Gewerbe ist bereit, Lehrlinge zur Verfügung zu stellen; Materialeinsparungen bei der EBM sowie günstigere Lagerplätze für

die Sterne. Die Investition umfasst 23 Sterne, ausgerüstet mit Strom sparenden LED-Leuchten; sechs neue Masten, vier neue Bodenhülsen und die Verkabelung inkl. Montage. Die BPK beantragt einstimmig, die Investitionsausgabe von 50'000 Franken zu bewilligen.

Eintreten:

SP: D. Gorba stellt fest, dass die Fraktionsmehrheit der Investition zustimmen wird. Es wird davon ausgegangen, dass die Initianten die 40'000 Franken aufbringen und der Gewerbeverein die Arbeitskräfte für Auf- und Abbau zur Verfügung stellen wird.

SVP: U.-P. Moos meint, dass sich die Überweisung an die BPK gelohnt hat, und dies nicht nur bezüglich Kosten. Es zeigte sich, dass bei einem Defekt, nur 2 statt 26 m Leuchtschlauch des Sterns ersetzt werden müssen, was die Unterhaltskosten senkt. Bedauerlicherweise hat es der Gemeinderat versäumt, anlässlich der Sanierung der Hauptstrasse Leerrohre zu verlegen. Daher müssen deutlich mehr Kabel oberirdisch geführt werden. Auch die wiederkehrenden Kosten fallen dadurch höher aus. Erstaunlich ist, dass der Einwohnerrat im Dezember 2006 der Initiative zustimmte, ohne über die Kostenfolge orientiert zu sein. Dies sollte sich in vergleichbaren Fällen nicht mehr wiederholen. Seine Fraktion unterstützt nicht nur einstimmig die Anträge der BPK, sondern ganz besonders auch die im Bericht aufgeführten Empfehlungen.

FDP: R. Moll erwähnt, dass auch die Weihnachtsbaum-Aktion gut gefiel. Dem Votum des BPK-Präsidenten ist nichts beizufügen. Seine Fraktion findet den erzielten Kompromiss gut und wird mehrheitlich dem Betrag zustimmen.

CVP: A. Achermann gibt bekannt, dass auch seine Fraktion einstimmig den Antrag gutheissen wird, welcher im Einvernehmen mit Initianten und Gemeinderat zustande kam. Damit wird das Anliegen der Initianten erfüllt.

EVP/Grüne: P. Buess bemerkt, dass dem Antrag zugestimmt wird. Es stellt sich lediglich die Frage, ob die Beleuchtung nachts ausgeschaltet werden könnte, einerseits um Strom zu sparen und andererseits wegen des Lichtsmogs. Bedauerlich ist, dass die Weihnachtsbeleuchtung bei den nicht besonders schönen Häusern beim Kronenplatz aufhören wird.

Stellungnahme des Gemeinderats: *C. Simon* ist froh, dass im zweiten Anlauf eine gute Lösung gefunden worden ist. Zur Bemerkung der SVP betreffend Kredit: Im Dezember 2006 lautete der Auftrag an den Gemeinderat, dass dem Einwohnerrat für die definitive Lösung eine separate Vorlage zu unterbreiten sei. Zu jenem Zeitpunkt wusste man noch nicht, wie die Weihnachtsbeleuchtung aussehen wird, somit konnten auch keine Kosten angegeben werden. Dies war erst im letzten April möglich. Die Anregung, nachts die Beleuchtung abzuschalten ist leider kaum möglich, weil die Sterne an der öffentlichen Beleuchtung angeschlossen sind. Immerhin brauchen die LED-Lampen relativ wenig Strom.

SVP: U.-P. Moos erwidert, dass einem Volksbegehren nicht zugestimmt werden kann, wenn vorher die Finanzierung nicht geklärt ist. Daher sollte künftig der Gemeinderat von Anfang an zu einem Volksbegehren in der entsprechenden Vorlage dem Einwohnerrat konkrete Zahlen unterbreiten. Im Übrigen müsste es technisch möglich sein, die Beleuchtung mittels Zeitschaltuhr um 02.00 Uhr abzuschalten, sollte dies einem Bedürfnis entsprechen.

Mit klarem Mehr wird beschlossen:

://: Für eine Weihnachtsbeleuchtung an der Hauptstrasse wird eine Investitionsausgabe von CHF 50'000 bewilligt.
--

Traktandum 5**Gesch. Nr. 32**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.1.2009:

Legislaturprogramm 2008 - 2012 des GemeinderatsEintreten:

FDP: S. Cron hält fest, dass ihre Fraktion ohne grosse Begeisterung vom Programm Kenntnis nimmt. Der Gemeinderat erklärt die Nachhaltigkeit zu einem übergeordneten Ziel und Grundsatz für sein Handeln. Dies ist durchaus löblich, doch bei der Umsetzung sucht man vergeblich danach. Deshalb entsteht der leise Verdacht, dass der Gemeinderat sich nur eines Modewortes bedient. Deshalb wird es Aufgabe des Parlaments sein, bei Vorlagen auf die Nachhaltigkeit zu achten. Ihre Fraktion ist der Auffassung, dass Binningen kein Standortmarketing braucht. Es genügt, wenn qualitativ hoch stehende Dienstleistungen, gute Schulen, attraktives Wohnen sowie tiefe Steuern angeboten werden. Bei den Schulen fehlt das Ziel einer qualitativ guten Schule als Daueraufgabe. Damit das Programm nicht nur ein Papiertiger bleibt, soll der Gemeinderat jährlich bezüglich Umsetzung der Ziele Bericht erstatten.

SVP: C. Schaub hält fest, dass das Programm äusserst linkslastig und daher für seine Fraktion nicht annehmbar ist. Es liest sich wie ein Werbeprospekt mit geringem Bezug zur Realität. Die bürgerlichen Interessen werden ungenügend berücksichtigt. Auf diesen Aspekt wird seine Fraktion bei gemeinderätlichen Vorlagen besonders achten; denn es fehlen griffige Massnahmen zur Unterstützung des Binner Gewerbes. Die Umsetzung der Ziele ist nur mit deutlicher Erhöhung der Steuern möglich. Nicht vergessen werden sollte aber, dass die Gemeinde von einigen wenigen guten Steuerzahlern abhängig ist. Wichtiger wäre vielmehr, die verschiedenen Baustellen besser zu koordinieren und zu einem guten Ende zu bringen.

CVP: S. Bräutigam: Das Programm ist gut strukturiert. Besonders erfreulich ist das Bekenntnis für ein wohnliches Binningen mit entsprechender Gewichtung von Familie, älteren Menschen und Ökologie. Ihre Fraktion dankt dem Gemeinderat für das Legislaturprogramm und hofft, dass er die hoch gesteckten Ziele und Projekte erfolgreich umsetzen wird.

SP: V. Dubi: Im Gegensatz zu den Bürgerlichen gefällt ihrer Fraktion das Programm grösstenteils sehr gut. Die Broschüre präsentiert sich ansprechend. Positiv ist, dass der Ökologie und Vernetzung grosses Gewicht beigemessen wird. Durch die Zusammenarbeit mit der Stadt Basel und den Nachbargemeinden, z. B. bezüglich öffentlichem Verkehr, Lärmbekämpfung oder Kultur sind Einsparungen möglich, die Effizienz wird gesteigert und letztlich wird mehr Lebensqualität erreicht. Eine kritische Anmerkung dennoch: Was fehlt, ist ein Rechenschaftsbericht über die Erreichung der Legislaturziele 2004 - 2008. Im Vorwort der neuen Auflage verspricht dies der Gemeinderat, er wird sich hoffentlich daran halten. Ausserdem fehlt ein Leitbild für Jugend und Kinder, analog dem Altersleitbild. Zweifel hat auch ihre Fraktion, was ein Standortmarketing nützen soll. Diesbezüglich sollte die Exekutive bei Gemeinden nachfragen, welche Erfahrungen sie damit mach(t)en.

Grüne/EVP: A. Jagtap nimmt gerne zur Kenntnis, dass der Gemeinderat Schwerpunkte bei Ökologie, Umweltschutz und Bildung setzt, d. h. Aufwertung der Landschaftsräume, mehr öffentlicher Verkehr und Langsamverkehr. Gespannt ist man besonders auf die Beruhigung der Achse Neubadrain - Paradiesstrasse. Dennoch fehlt es im Bericht an kreativen Ideen und Innovationen. Es ist mutig vom Gemeinderat, dass er sich an den Zielen messen lassen will. Etliche davon sind vage oder schwer beeinflussbar. Beispielsweise heisst es: *Alle Jugendlichen erreichen einen Schul- und Berufsabschluss*. Wie will er das beeinflussen und sicherstellen? Oder: *Die soziale und berufliche Integration von Asylsuchenden ist zu verstärken*. Bisher wurden nur Flüchtlinge und vorübergehend Aufgenommene integriert. Oder aber die Renaturierung des Birsigufers ist seines Wissens ein Projekt des Kantons. Ein Fragezeichen wird auch bezüglich Standortmarketing gesetzt. Binningen ist bereits steuerlich attraktiv. Es besteht keine Notwendigkeit, für Marketing Geld auszugeben. Trotzdem dankt seine Fraktion für die Vorlage.

Stellungnahme des Gemeinderats: C. Simon nimmt die positiven als auch die kritischen Voten dankend entgegen. Unter dem Gesichtspunkt Nachhaltigkeit sollen alle Themen wie Ökologie, Ökonomie und Sozialverträglichkeit betrachtet werden. Unter anderem soll das Programm Impuls 21 weitergeführt werden. Der Wunsch, jährlich sei ein Zwischenbericht abzugeben, wird aufgenommen. Dies wird voraussichtlich mit dem Jahresbericht geschehen. Es sind zudem Informationsanlässe zu aktuellen Themen vorgesehen.

Gemeinderat M. Keller erklärt, dass zu seinem Geschäftskreis auch die Förderung der Wirtschaft in Binningen gehört. Offenbar herrscht in diesen Kreisen der Eindruck, dass sie auf der kommunalen politischen Ebene zu wenig wahrgenommen wird. Um eine Verbesserung zu erreichen, müssen die Kräfte gebündelt und muss für das Gewerbe eine neue, bessere Plattform geschaffen werden. Es gibt in Binningen viel Gutes, das nur einem kleinen Kreis bekannt ist. Das trifft auch für die Tätigkeiten der Vereine zu. Dies zu ändern ist eines der Ziele und läuft unter der offenbar verschieden interpretierbaren Bezeichnung Standortmarketing. Gefragt sind neue Ideen zur besseren Bekanntmachung.

SP: S. Zürcher erinnert sich, dass das letzte Legislaturprogramm lediglich zur Kenntnis genommen wurde. Im Plenum fand keinerlei Auseinandersetzung statt. Diesmal wird die Planung kritisch hinterfragt. Der Gemeinderat hat folglich gute Arbeit geleistet. Das Wort Standortmarketing mag missverständlich sein, doch darf die Gemeinde ihre Vorteile durchaus ins rechte Licht rücken.

SVP: U.-P. Moos ist der Meinung, dass es zu aktivem Standortmarketing gehört hätte, wenn der Gemeinderat das Skirennen für Kinder, organisiert vom Basler Skiclub, auf dem Margarethenhügel bewilligt hätte.

Gemeinderat M. Keller gibt zu, dass die Absage des Anlasses nicht leicht fiel. Zweifellos wäre es ein lustiger Plausch. Unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit ist es jedoch nicht vertretbar, bedeutet doch die Anlieferung des Schnees einen hohen Energieverschleiss, erheblich Mehrverkehr und viel Aufwand, welcher besser in ein Bahnbillett investiert wird, um an einem Wintersportort Ski zu fahren.

://: Das Legislaturprogramm 2008 - 2012 wird zur Kenntnis genommen.

Traktandum 6

Gesch. Nr. 13

Interpellation SP vom 18.8.2008: Wie überlebt das Sutter-Haus?

Antworten von Gemeinderätin A. Schuler:

Zu Frage 1: Warum lässt die Gemeinde als Besitzerin das Sutter-Haus verfallen, obwohl es unter Denkmalschutz steht und als eines der letzten bestehenden Bauernhäuser im Dorf eine grosse symbolische Bedeutung für Binningen hat?

Der Gemeinderat ist sich der Bedeutung des Sutter-Hauses durchaus bewusst. Obschon sich das Haus in einem bedenklichen Zustand befindet, kann er keine baulichen Massnahmen ergreifen, ohne die Sanierungsziele zu kennen. Das Haus wurde 1999 erworben. Vorgesehen waren eine öffentliche Nutzung sowie die Unterbringung eines Kindergartens. Von einer Interessengruppe unter der Federführung des Ortsmuseums wurden mögliche Varianten und eine Machbarkeitsstudie ausgearbeitet. Zur Finanzierung der Restaurierung und Sanierung müssen auf der Parzelle auch Neubauten erstellt werden.

2004/05 ist das Kindergartenkonzept überarbeitet worden. Demnach sollen in Binningen neue Kindergärten künftig als Doppelkindergärten bei bestehenden Primarschulen errichtet werden. Das Sutter-Haus wird darum nicht mehr für eine öffentliche Nutzung gebraucht. Inzwischen wurde ein Liegenschaftsbericht erstellt; dieser sieht vor, dass die Gemeinde sukzessive alle Liegenschaften verkauft, die sie nicht benötigt. Aus diesem Grund ist das Grundstück samt Liegenschaft zum Ver-

kauf ausgeschrieben worden. Weil das Haus unter Denkmalschutz steht, muss ein/e neue/r Eigentümer/in das Bauernhaus nach entsprechenden Vorgaben restaurieren lassen.

Zu Frage 2: Was passiert, wenn das Sutter-Haus einstürzt? Wird es in den bestehenden Dimensionen wieder aufgebaut?

Selbstverständlich will der Gemeinderat nicht, dass das Sutter-Haus einstürzt. Er sucht deshalb einen Investor, welcher für die umfassende Sanierung und Renovation aufkommen kann. Das Haus bleibt in der heutigen Art erhalten.

Zu Frage 3: Wie ist die Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und kantonaler Denkmalpflege?

Die Denkmalpflege war von Anfang an involviert, d. h. bereits als die Anforderungen für den Verkauf und das Bauprojekt ausgearbeitet wurden. Sie wirkte bei der Auswahl des Architekturbüros durch den Käufer mit. Der interessierte Investor hat die denkmalpflegerischen Vorgaben umgesetzt, z. B. dass im Altbau nur eine Wohnung untergebracht werden darf und auf den Ausbau der Scheune für zwei zusätzliche Wohnungen verzichtet wird. Zur Finanzierung der teuren Sanierung muss der Investor in den Neubauten insgesamt fünf Wohnungen unterbringen können, was laut Zonenvorschriften erlaubt ist.

Zu Frage 4: Wie stellt sich der Gemeinderat zum vorgesehenen Projekt eines interessierten Käufers? Ist er damit einverstanden, dass der schöne Bauerngarten zum grossen Teil mit voluminösen Baukörpern überbaut wird?

Es ist ein grosses Anliegen des Gemeinderats, dass die Neubauten neben dem Sutter-Haus eine überdurchschnittliche Gestaltungsqualität aufweisen und sich im Quartier gut integrieren. Aus diesem Grund war die Begleitung des Projekts durch die Fachgruppe Bau- und Planungsfragen Bedingung. Das vorgelegte Bauvorhaben ist zonenkonform und denkmalpflegerische Vorgaben werden eingehalten. Auch die Aussenraumplanung für den Garten entspricht diesen Kriterien.

Am 14. Januar hat das kantonale Bauinspektorat das im Mai 2007 eingereichte Baugesuch abgewiesen und die Einsprache der Denkmalpflege gutgeheissen. Letztere spricht sich gegen den Neubau an der Kernmattstrasse mit drei Vollgeschossen plus Attika aus. Konkret verlangt sie die Reduktion um ein Geschoss. Gemeinderat und Investor haben gegen diesen Entscheid rekuriert.

Zu Frage 5: Wie stellt sich der Gemeinderat zur Idee eines öffentlichen Spielplatzes im Garten des Sutter-Hauses, sollte die geplante Überbauung nicht in der vorgesehenen Form realisiert werden?

Die Sanierung des Bauernhauses bedeutet einen hohen finanziellen Aufwand. Der Gemeinderat hat eine wirtschaftliche Lösung gesucht. Das Erstellen eines öffentlichen Spielplatzes im Garten des Bauernhauses würde erhebliche Finanzmittel erfordern, und Einnahmen ergäben sich selbstverständlich keine. Die Finanz- und Liegenschaftspolitik wäre neu zu überdenken.

Präsident A. Braun stellt als Mitinterpellant fest, dass Binningen kein gutes Pflaster für Altbauten ist. Auch wenn ein Verkauf der Liegenschaft ansteht, entbindet dies die Gemeinde nicht, das Haus minimal in Stand zu halten. Das Haus bietet einen erbärmlichen Anblick. Der Verkauf von anderen Liegenschaften warf Geld ab, das für dringendste Arbeiten verwendet werden könnte. Die Äusserungen im Tätigkeitsbericht der kantonalen Denkmal- und Heimatschutzkommission sprechen eine deutliche Sprache und stellen dem Gemeinderat kein gutes Zeugnis aus. Seines Erachtens bietet sich die Chance, im Quartier etwas Einmaliges zu erhalten.

Die Interpellanten erklären sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Traktandum 7: Anfrage von U.-P. Moos, SVP, betr. Wahlbüro / Diverses

- Welche anderen Gemeinden im Kanton sind dem Gemeindepräsidenten bekannt, wo die Stimmrechts-Couverts und die darin enthaltenen Umschläge mit den Stimm-/Wahlzetteln ebenfalls vorzeitig geöffnet wurden resp. werden? (Namen der Gemeinden)
- Welche dieser Gemeinden öffnet resp. öffnete die Stimmrechts-Couverts und die darin enthaltenen Umschläge ebenfalls wie Binningen bereits am Freitag vor dem Abstimmungs- bzw. Wahltag? (Namen der Gemeinden, Angabe des Zeitfensters)
- Welche dieser Gemeinden öffnet resp. öffnete die Stimmrechts-Couverts und die darin enthaltenen Umschläge erst am Samstag? (Namen der Gemeinden, Angabe des Zeitfensters)
- Welche dieser Gemeinden öffnet resp. öffnete nicht nur Stimmrechts-Couverts und die darin enthaltenen Umschläge vorzeitig, sondern entnahm wie Binningen bereits den Inhalt und sortierte diesen nach Abstimmungsvorlagen aus (Namen der Gemeinden)?
- Welche der oben genannten Gemeinden verzichtete wie Binningen auf den schriftlichen Hinweis auf dem Stimmrechts-Couvert, dass die Stimm-/Wahlzettel in einen zusätzlichen, zu verschliessenden Umschlag zu legen sind?

Gemeindepräsident C. Simon schickt voraus, dass es beim Thema um ein laufendes Geschäft der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission geht. Es ist befremdend, dass U.-P. Moos als Mitglied dieser Kommission eine Anfrage einreicht. Dies entspricht nicht den Regeln.

Er ist nicht bereit, sich über andere Gemeinden und zu deren Praxis zu äussern. Es gibt zwar Gemeinden, die die Umschläge der brieflich Abstimmenden schon vor Sonntag öffnen. Doch will er Kollegen nicht anschwärzen. Es wäre nicht fair, jene Gemeinden zu verpfeifen, welche dazu Auskunft gaben. Genauer wüsste er ohnehin nicht. Zu Binningen: Wie kürzlich einer Medienmitteilung der GRPK zu entnehmen war, wurden bisher am Freitagabend die Couverts geöffnet und nach Vorlagen sortiert. Eine Auszählung fand aber immer erst am Sonntag durch die Stimmenzählenden statt. Wegen dieses Verfahrens kam es nie zu Beanstandungen. Bei der gestrigen Abstimmung wurden die Umschläge erst am Sonntag geöffnet. Die rechtzeitige Ermittlung war problemlos, da nur über eine Vorlage abzustimmen war. Es ist den Abstimmenden frei gestellt, die Zettel noch in ein zweites Couvert zu legen. Das vorzeitige Öffnen der Umschläge beschleunigte den Arbeitsablauf. Dieses Prozedere ist in den Kantonen Aargau, Basel-Stadt, Solothurn völlig legal. Ausgezählt wird aber auch dort erst am Sonntag. Im Landrat ist inzwischen ein Postulat eingereicht worden, mit dem Ziel, die entsprechende Verordnung auch in Baselland dahingehend zu ändern.

Orientierung betr. zusätzlicher Wohnraum für Asylsuchende durch Gemeinderätin A. Mati

Die Zahl der Asylgesuche hat in der Schweiz stark zugenommen. Für Binningen hat dies die nachfolgend aufzuzeigenden Konsequenzen: Erstmals seit 2002 erhöhte sich die Zahl der neuen Gesuche im 2008 massiv. Der Bund weist den Kantonen die Personen zu. Alle Kollektivunterkünfte im Kanton sind maximal ausgelastet. Die Zunahme betrug in Baselland im letzten Jahr 14.2 %. Ende 2008 hielten sich 1'600 Asylsuchende im Kanton auf oder 0.6 % der kantonalen Wohnbevölkerung. Der Regierungsrat legt die Zuweisung fest. Gemäss seiner Verordnung aus dem Jahr 2005 beträgt sie 0.8 %.

In den Jahren 2003 - 2007 wurden aufgrund der rückläufigen Gesuche die Unterkünfte in den Gemeinden reduziert und der Betrieb eines kantonalen Durchgangszentrums eingestellt. Ausserdem wurde mit dem Verband Basellandschaftlicher Gemeinden und den Kommunen mit Kollektivunterkünften vereinbart, neue Zuweisungen prioritär in diese Unterkünfte vorzunehmen, um diese möglichst ökonomisch auszulasten. In Binningen sank in der Folge die Zahl der aufgenommenen Asylsuchenden von 128 im Dezember 2002 auf 45 Ende 2008, was einer Quote von ca. 0.3 % entspricht. Im September vergangenen Jahrs teilte das kantonale Sozialamt mit, dass die Auslastung in Binningen unter dem kantonalen Durchschnitt von 0.5 % liege und 27 neue Plätze zur Verfügung gestellt werden müssen.

Es wurden inzwischen verschiedene Möglichkeiten zusätzlicher Unterkünfte geprüft sowie die Auslastung der bestehenden vorangetrieben. Abgeklärt wurde insbesondere die Zumietung von priva-

tem Wohnraum, die Bereitstellung von bestehenden Wohnungen und von Zivilschutzanlagen, ebenso der Einkauf externer Betreuungsplätze. Die Abklärung verlief jedoch ergebnislos. Auch die Umnutzung von bestehenden Sozialwohnungen für Asylsuchende ist keine Lösung. Das Problem würde lediglich verlagert. Als definitive Lösung werden Container-Modelle in Modularbauweise geprüft. Eine ER-Vorlage für den notwendigen Kredit wird derzeit ausgearbeitet.

Als vorübergehende Lösung hat der Gemeinderat beschlossen, bis längstens Ende 2010 das Resch-Haus mit den 27 erforderlichen Plätzen einzurichten. Dies kann rasch und ohne Baugesuch umgesetzt werden. Die Investition von rund 70'000 Franken ist günstiger als die Miete eines Containers. Ausserdem wird zusätzlich die Nutzung der Zivilschutzanlage Spiegelfeld geprüft. Allerdings müssten die fehlenden sanitären Anlagen noch installiert werden.

In einem schriftlichen Appell rief der zuständige Regierungsrat Ballmer im Januar alle Gemeinden auf, möglichst rasch zusätzliche Unterkünfte bereit zu stellen. Ab sofort gilt die aktuelle Maximalquote von 0.8 %. Dies bedeutet für Binningen insgesamt 70 zusätzliche Plätze, inkl. die bereits erwähnten 27. Dringend, d. h. bis April, müssen daher für 27 Asylsuchende Unterkünfte bereit stehen. Bis dann muss ausserdem eine Betreuungsstruktur aufgebaut sein.

Information betr. Nachmittagsbetreuung durch Gemeinderätin N. Schwarz

Am 27. Oktober 2008 hat der Einwohnerrat der modularen Nachmittagsbetreuung an zwei Schulstandorten ab Sommer 2009 zugestimmt. Gegen diesen Beschluss ist Anfang Dezember das Referendum ergriffen worden. Das bedeutet, dass zwingend eine Volksabstimmung durchgeführt werden muss, und zwar frühestens im Mai, spätestens im September. Das heisst ausserdem, dass das Projekt so lange auf Eis gelegt ist. Der Gemeinderat bedauert dies ausserordentlich. Es erwies sich, dass eine provisorische Lösung nicht möglich ist. Die Rechtsgrundlage ist dafür zu vage. Überdies würden Eltern ihr Kind kaum für ein provisorisches Angebot anmelden. Der Bedarf ist jedoch zweifellos vorhanden.

Der Gemeinderat hält zudem fest: Bereits bestehende Angebote, wie Mittagstische bleiben unverändert bestehen. Auch der Schülerhort des Tagesheims wird weitergeführt.

Zudem bleibt es beim Standort Pestalozzi-Schulhaus für die Nachmittagsbetreuung im Dorf. Keine andere Lokalität liegt so zentral, bietet die nötigen Räumlichkeiten, wird in absehbarer Zeit über einen Aussenraum verfügen und ist so kostengünstig.

Das Sockelgeschoss im Pestalozzi-Schulhaus wird bereits heute - ausser vom Schwingclub - auch vom Kindergarten, welcher im Haus untergebracht ist, genutzt. Die Treppe ist nicht gefährlicher als andere in Normschulhäusern. Zudem ist es gängige Praxis, Sockelgeschosse zu nutzen, sei es als Turn- oder Schwimmhalle, als Werkraum oder Musikzimmer oder eben für einen Mittagstisch. Das in diesen Ausbau investierte Geld ist nachhaltig angelegt. Am Schulstandort Dorf sollen über kurz oder lang zwei Kindergärten einquartiert werden. Mehr Raum in den Schulen für schulische Zwecke nutzbar zu machen, ist ohnehin ein Ziel.

Und zum Schluss: Dem Schwingclub sind vier Vorschläge für einen alternativen Trainingsort unterbreitet worden. Der Bescheid sollte nach den Fasnachtsferien vorliegen. Persönlich ist sie überzeugt, dass bis zum Abstimmungstermin eine gute Lösung für alle gefunden sein wird.